

Grüne Bezirk Bülach
c/o Felix Böni
Lägerweg 13
8180 Bülach



Einschreiben

Bundesamt für Energie
Herr Omar El Mohib
3003 Bern

Bülach, 25. November 2010

Anhörungsantwort zum Sachplan geologische Tiefenlager, Etappe 1

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard,
sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir an der Anhörung zum Sachplan geologische Tiefenlager Etappe 1 teil und bitten Sie die Anliegen gemäss unserer Anhörungsantwort zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

Regula Kaeser-Stöckli
Co-Präsidentin Grüne Bezirk Bülach

Felix Böni
Co-Präsident Grüne Bezirk Bülach

Anhörungsantwort zum Sachplan geologische Tiefenlager, Etappe 1

Aus Sicht der Grünen des Bezirk Bülach, welche mit dem möglichen Tiefenlager Nördlich Lägern direkt betroffen sind, möchten wir zu folgenden Punkten unsere Einwände und Anliegen einbringen.

Rolle der Nagra

Die Rolle der Nagra ist zu hinterfragen: der Entsorgungsnachweis muss durch eine neutrale und unabhängige Organisation erarbeitet werden und nicht durch die Nagra, welche durch die AKW Betreiber dominiert wird. Diese neu zu schaffende Organisation soll durch den Rappen finanziert werden, welcher jetzt schon vom Konsumenten mit jeder Kilowattstunde bezahlt wird.

Potenzielle Standortgebiete

- Die Eignung der verschiedenen Standorte ist zurzeit nicht vergleichbar, da nicht überall der gleiche Wissensstand vorhanden ist. Nur im Zürcher Weinland wurden spezielle Bohrungen und Untersuchungen mit 3D-Seismik gemacht.
- Der Opalinuston in den Gebieten Bözberg, Jura-Südfuss, Nördlich Lägern, Südranden und Zürcher Weinland ist zu wenig dick. Gemäss deutschen Experten sind ähnliche Opalinustonschichten in Bayern und Baden-Württemberg nicht geeignet für ein atomares Langzeitlager.

Lagerkonzept

Das Lagerkonzept ist nicht ausgereift:

- Mit dem Einpacken und Einlagern des Atommülls kommt auch organisches Material in das Langzeitlager. Durch die Zersetzung dieses Materials wie auch durch die Korrosion der Metallbehälter entsteht Gas, welches die Sicherheit des Lagers bedroht. Wie mit diesem Gas umgegangen wird, konnte nicht geklärt werden.
- Es gibt kein Material für die Behälter, welches eine Million Jahre hält. Stahl und andere Metalle korrodieren unter Gasentwicklung und zersetzen sich, andere Materialien wie Keramik können brechen.
- Durch die jahrelange Wärmeabgabe wird sich das Wirtsgestein verändern. Mit den seit fünf Jahren durchgeführten Versuchen kann nicht bewiesen werden, dass die Wärmeabgabe keine negativen Konsequenzen hat.
- Der Einfluss von zukünftigen Eiszeiten und den dazugehörigen Gletschern wie auch von allfälligen Erdbeben auf das geplante atomare Langzeitlager kann nicht abgeschätzt werden. Grundwasserströme können sich durch Natureinflüsse verändern, wodurch in das Langzeitlager Wasser eindringen kann.
- Wie das geplante Langzeitlager gekennzeichnet werden soll ist nicht klar, gemäss Kernenergiegesetz Art. 40 ist jedoch eine dauerhafte Markierung notwendig.
 - o Für den Konflikt, ob aus gesellschaftspolitischen Gründen auf die Markierung verzichtet werden soll oder ob wegen Nutzungskonflikten diese notwendig sein muss, gibt es keine Antworten und auch keine Lösungen.

- Eine dauerhafte, von nachkommenden Generationen interpretierbare und lesbare Markierung ist nicht machbar. Die Geschichte der Schrift ist erst 5'000 Jahre alt, trotzdem können wir nicht mehr alles entziffern, einerseits weil das Wissen fehlt, andererseits weil die entsprechenden Aufzeichnungen verloren gegangen sind.
- Ein Verschluss nach 100 Jahren ist zu früh, die Rückholbarkeit und Überwachung muss über mehrere tausend Jahre möglich und finanziert sein. Dies aus folgenden Gründen
 - Wir wissen nicht, wie die technische Entwicklung sein wird. Hoffentlich ist es irgendwann möglich, solch gefährlichen Abfall sicher zu entsorgen.
 - Störfälle und Problem werden sonst erst dann erkannt, wenn sie an die Oberfläche gelangen.
 - "Aus den Augen, aus dem Sinn" ist anhand der gegebenen Gefährlichkeit des Atommülls keine passable Lösung.
- Die Nutzungskonflikte sind bezüglich des Gebiets "Nördlich Lägern" als nur bedingt günstig bewertet worden, dies aber nur im Hinblick auf geplante Bohrungen zur Erkundung von Erdgasvorkommen. Es ist aber nicht möglich, die zukünftigen Nutzungskonflikte in 10'000 oder 100'000 Jahren zu bewerten. Da eine Kennzeichnung über diese Zeiträume nicht machbar ist, können Nutzungskonflikte nicht ausgeschlossen werden. Darum müssen alle Lagerorte bezüglich Nutzungskonflikt als "ungünstig" bewertet werden.

Prozess

- Der Prozess ist für die betroffene Region und die dort wohnende Bevölkerung undemokratisch, da jegliche Mitentscheidung ausgeschlossen ist. Die Bevölkerung muss beim Lagerstandort und beim Lagerkonzept mitreden und mitentscheiden können. Einer Region darf gegen ihren Willen nicht ein Langzeitlager aufgezwungen werden. Unsere Forderung: Das Mitspracheverfahren muss in ein Mitentscheidungsverfahren umgewandelt werden.
- Das Verfahren ist unübersichtlich und es sind zu viele Stellen und Gremien involviert, eine Vereinfachung ist anzustreben.

Forderungen

Aus den oben aufgeführten Bedenken und Einwendungen erheben wir folgende Forderungen:

- Die Nagra muss eigenständig und unabhängig von der Atomindustrie werden. Die Finanzierung soll durch den jetzt schon erhobenen Stromrappen unabhängig von der Atomindustrie erfolgen.
- Für die Vergleichbarkeit der Regionen soll an den HAA-Standorten mit 3D-Seismik und gezielten Bohrungen der gleiche Wissensstand erreicht werden.
- Die Forschung bezüglich der Eignung der Lagerstandorte soll grenzüberschreitend mit den deutschen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern erfolgen, da dort ähnliche Gesteinsschichten vorkommen.
- Der Entsorgungsnachweis ist aus folgenden Gründen aufzuheben:
 - o Die Verpackung des Atommülls ist noch nicht geklärt
 - o Der Einfluss von Naturgewalten auf das geplante Langzeitlager ist nicht abzuschätzen
 - o Die Markierung des Langzeitlagers ist noch nicht geklärt
 - o Die Rückholbarkeit ist nicht gewährleistet, Störfälle können höchstens in der überwachten Phase von 100 Jahren erkannt werden
 - o Nutzungskonflikte können über die gesamte Lagerdauer nicht ausgeschlossen werden
- Der betroffenen Bevölkerung muss ein Mitentscheidungsrecht eingeräumt werden. Das Kernenergiegesetz ist entsprechend anzupassen
- Der Bau weiterer Atomkraftwerke ist zu verbieten und die laufenden Atomkraftwerke müssen schnellstmöglich abgestellt werden, da die sichere Entsorgung aus unserer Sicht nicht gewährleistet ist und nicht gewährleistet werden kann. Darum darf jetzt und in Zukunft nicht noch mehr hochgefährlicher Atommüll angehäuft werden.